

digitalen Souveränität der öffentlichen Verwaltung unterzeichnet. Einer der Schwerpunkte dieser Erklärung ist die gemeinsame Entwicklung eines Open-Source-basierten und interoperablen souveränen digitalen Arbeitsplatzes für Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter. Diese Zusammenarbeit soll zukünftig auf weitere interessierte Mitgliedstaaten der Europäischen Union ausgeweitet werden.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

146. Abgeordneter
Andreas Bleck
(AfD)
- Wie hat die Bundesregierung auf die Forderung der Justizministerkonferenz reagiert, die Gesetzeslücke beim Punktehandel zu schließen (www.dvr.de/presse/pressemitteilungen/punktehandel-unfallflucht-und-einziehung-des-fahrzeugs-vgt-2024)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Benjamin Strasser vom 8. Februar 2024

Zur Erarbeitung möglicher Lösungsoptionen haben sich das Bundesministerium der Justiz (BMJ) und das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) zum Thema „Punkte-handel“ ausgetauscht. Infolgedessen wurde eine weitere Aufklärung für erforderlich erachtet, unter welchen Umständen und zu welchem Zeitpunkt vor allem die Bußgeldbehörden, aber auch die Staatsanwaltschaften und die Gerichte Kenntnis von einem „Punktehandel“ beziehungsweise von Anhaltspunkten hierüber erlangen.

Das BMDV hat dementsprechend im Jahr 2023 die obersten Landesbehörden zu verschiedenen Aspekten des „Punktehandels“ beteiligt, um weitere Erkenntnisse zu diesem Thema von den die Bußgeldverfahren durchführenden Landkreisen, kreisfreien Städten und zentralen Bußgeldbehörden zu erlangen. Das BMJ hat seinerseits die Landesjustizverwaltungen zur Erlangung weiterer Erkenntnisse beteiligt.

147. Abgeordneter
Andreas Bleck
(AfD)
- Plant die Bundesregierung Maßnahmen, um die Gesetzeslücke beim Punktehandel zu schließen, und wenn ja, welche (www.dvr.de/presse/pressemitteilungen/punktehandel-unfallflucht-und-einziehung-des-fahrzeugs-vgt-2024)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Benjamin Strasser vom 8. Februar 2024

Die Auswertung der Ergebnisse der Länderbefragung und die Abstimmung innerhalb der Bundesregierung dauern noch an.